

Kommentar

Einmal so – einmal so

von Claudia Hiestand



Erinnern Sie sich an das Lied «Einmal so, einmal so», das unser Ex-Reichenburger Schlagertennchen Monique im Jahr 2009 veröffentlichte? Seit der Höfner Bezirksrat vergangene Woche seine Liegenschaftsstrategie präsentiert hat, will mir das Lied nicht mehr aus dem Kopf.

Ein halbes Jahr lang zerbrachen sich Vertreter der Gemeinde Freienbach und des Bezirks Höfe den Kopf darüber, wie man die Liegenschaft in der Leutschen künftig nutzen könnte. Im November präsentierten sie die Vision eines Campus: Das Gebäude sollte ein öffentliches Schulhaus bleiben. «Wir haben Freude an dem, was wir gemeinsam mit der Gemeinde erarbeitet haben», liess Bezirksrat Stefan Bättig damals verlauten. Jetzt macht der Bezirk plötzlich Eigenbedarf geltend. Der Platz in den Rathäusern sei knapp. Das wisse man schon lange. «Einmal so, einmal so...», trällert in meinem Kopf.

Als der Bezirksrat beim Regierungsrat die Aufhebung des Schulstandorts Leutschen beantragte, konnte er nicht oft genug betonen, die Schulstandorte Weid und Riedmatt ausbauen zu müssen, damit die Klassen aus der Leutschen dort aufgenommen werden können. Jetzt heisst es plötzlich, ein Ausbau sei nicht mehr nötig, es geht auch ohne. «Einmal so, einmal so...», höre ich Monique singen.

Vertrauensbildend ist diese Unbeständigkeit nicht. Hier werden innert Monaten Entscheide durch neue Beschlüsse über den Haufen geworfen, immer mit dem Argument, man habe neue Erkenntnisse dazugewonnen. Ich warte auf den Tag, an dem der Höfner Bezirksrat weiss, was er will. Dann spüle ich Moniques Song aus meinem Kopf und höre mir stundenlang Fabers «So soll es sein» an.

«Wir sollten die Campus-Idee nicht aufgeben»

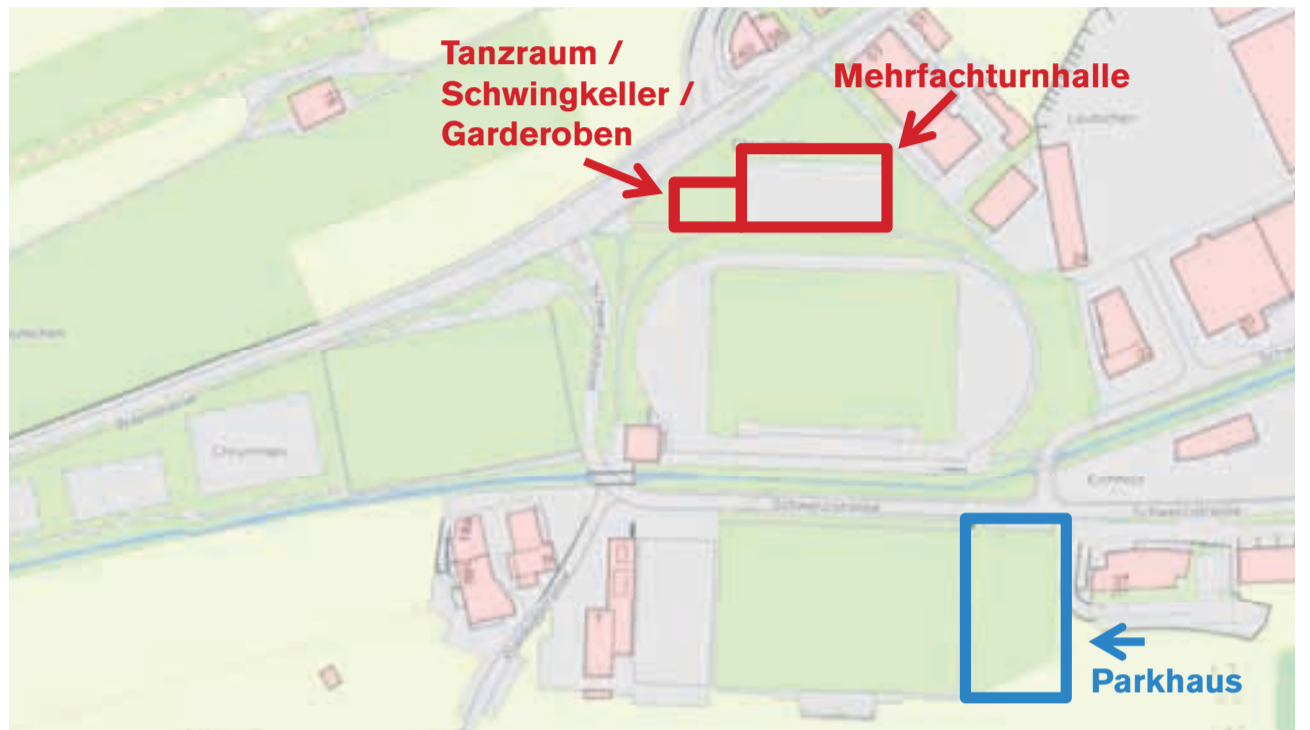
Die neue Liegenschaftsstrategie des Bezirks Höfe tangiert Freienbach. Sie muss ihr Konzept eines Schulcampus' in der Leutschen überdenken. Von einem Verzicht will Gemeindepräsident Daniel Landolt nichts wissen.

von Claudia Hiestand

Der Bezirk Höfe ist immer für eine Überraschung gut. Kaum hatte der Regierungsrat grünes Licht für die Aufhebung des Sek-Eins-Höfe-Standorts Leutschen gegeben, verkündet der Höfner Bezirksrat, dass er besagte Liegenschaft künftig als Verwaltungsgebäude nutzen möchte. Dabei hatte sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Bezirks und der Gemeinde Freienbach, zuvor wochen- und monatelang damit beschäftigt, wie die frei werdende Liegenschaft künftig genutzt werden könnte. Im November letzten Jahres kommunizierte die Arbeitsgruppe ihre Pläne: Die Gemeinde beabsichtigte, die Räumlichkeiten in der Leutschen gemeinsam mit jenen in der Schwerzi für ein modulares Schul- und Sportangebot zu nutzen. Ergänzt werden sollte der Campus mit dem Bau einer Mehrfachturnhalle in der Chrummen (wir berichteten). Muss die Gemeinde Freienbach nun all ihre Pläne beerdigen? «Nein», sagt Gemeindepräsident Daniel Landolt. «Ich denke nicht, dass wir die Campus-Idee nun aufgeben sollten. Vielmehr müssen wir versuchen, die wesentlichen Elemente der Idee in der Schwerzi umzusetzen.» An der Aufwertung des Standorts Freienbach sei seines Erachtens festzuhalten, wobei die neue Ausgangslage natürlich eine Anpassung des Konzepts erfordere. Landolt betont allerdings, dass dies seine persönliche Haltung und nicht jene des Gemeinderats sei. «Der Gemeinderat hat noch nicht getagt, er wird die Situation zuerst analysieren und das weitere Vorgehen festlegen müssen.»

Chrummen weiterverfolgen

Landolt und Gemeindeschreiber Albert Steinegger wurden einen Tag vor der Pressekonferenz persönlich über die neue Liegenschaftsstrategie des Bezirks informiert. Landolt: «Wir wussten zwar, dass sich der Bezirksrat Gedanken über seine Liegenschaftensituation macht, dennoch waren wir natürlich überrascht.» Vor den Kopf gestossen fühle er sich nicht. Der Bezirksrat habe sich in Bezug auf den Standort Leutschen immer alle Optionen



Auch wenn die Gemeinde Freienbach in der Leutschen keinen Schulcampus verwirklichen kann, der ins Auge gefasste Bau einer Mehrfachturnhalle in der Chrummen ist damit grundsätzlich nicht gefährdet. Plan Archiv

offen gehalten. «Wir sind aber effektiv schon davon ausgegangen, dass wir die Leutschen einmal übernehmen können, wenn der Bezirk dort die Oberstufe definitiv aufgibt.»

Keine Auswirkungen hat der Entscheid des Bezirks auf den geplanten Bau einer Mehrfachturnhalle in der Chrummen. Laut Landolt ist die Idee, die Sportanlage aufzuwerten, zwar tatsächlich in Zusammenhang mit der

Planung des Schulcampus' entstanden, die Aufwertung der Chrummen funktioniert jedoch mit und ohne Campus. Er persönlich sei der Auffassung, dass die Pläne in der Chrummen unabhängig von der Leutschen-Frage umgesetzt werden sollten.

Kaum Mehrheit gefunden

Sollte der Bezirk Höfe die Verwaltung, die Ämter und das Gericht tatsächlich

in die Leutschen nach Freienbach zügel, verliert der Schulort Freienbach den Standort Leutschen definitiv. Laut Landolt wird die Bevölkerung dies hinnehmen müssen. Daran ändere auch der Umstand nichts, dass die Bevölkerung dem Freienbacher Gemeinderat im Februar 2017 den Auftrag gegeben hatte, sich für den Fortbestand der Sek Eins Höfe in der Leutschen einzusetzen. Der Gemeinderat hatte seine Bemühungen in der Folge mit Hilfe der Campus-Idee darauf ausgerichtet, in der Leutschen die Gemeindeschule zu implementieren, nachdem sich immer mehr abzeichnete, dass der Bezirk das Schulhaus definitiv aufgeben gedenkt. Einzig die Höfner Stimmberechtigten könnten die Pläne des Bezirks noch durchkreuzen, indem sie Kredite für allfällige Umbauten nicht genehmigen. Doch diesbezüglich gibt sich Landolt nüchtern. Es gäbe allein schon innerhalb der Gemeinde Freienbach kontroverse Haltungen in Bezug auf den Erhalt des Standorts Leutschen. Er halte es demnach für unrealistisch, dass sich die Stimmbürger des ganzen Bezirks gegen eine Schliessung der Leutschen ausgesprochen hätten.

Neues Rathaus im Pfäffiker Brül eher keine Option

Der Bezirk Höfe hat auch darüber nachgedacht, in Pfäffikon ein neues Rathaus zu bauen. Voraussetzung wäre ein Tausch mit der Gemeinde Freienbach gewesen, bei dem die Gemeinde dem Bezirk Land im Brül abgegeben hätte und vom Bezirk im Gegenzug Land in der

Leutschen erhalten hätte. Der Bezirk favorisiert diese Lösung jedoch nicht, wie Bezirksammann Meinrad Kälin erklärt: «Das wäre mit mehreren aufwendigen Sachvorlagen beim Bezirk und der Gemeinde verbunden, die Umsetzung würde lange dauern und

wäre mit grossen Investitionen verbunden.» Auch bei der Gemeinde stiess die Idee auf wenig Gegenliebe, weil sich der Gemeinderat laut Gemeindepräsident Daniel Landolt in Bezug auf die Liegenschaft Brül Handlungsfreiheit bewahren möchte. (ola)

Abobestellcoupon

Bitte senden Sie mir folgende Zeitung

- March-Anzeiger
- Höfner Volksblatt
- 1 Monat Probeabo kostenlos
- 12 Monate zu Fr. 268.-
- 24 Monate zu Fr. 504.-
- 6 Monate zu Fr. 143.- (alle Preise inklusive MwSt und E-Paper)

Name _____
 Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Unterschrift _____
 Datum _____
 Telefon _____

Bitte senden an:

March-Anzeiger Höfner Volksblatt
 Alpenblickstrasse 26 Verenastrasse 2
 8853 Lachen 8832 Wollerau
 Tel. 055 451 08 78 Tel. 044 787 03 03
 Fax 055 451 08 89 Fax 044 787 03 01
 aboverwaltung@marchanzeiger.ch
 aboverwaltung@hoefner.ch

Teurer Streit wegen Aktienzertifikaten

Beide Beschuldigten wurden freigesprochen. Der Staat muss Verfahrenskosten und Entschädigungen übernehmen.

Ein Alleinaktionär einer Gesellschaft und ein Ausserschwyzter Rechtsanwalt gerieten sich wegen der Übergabe von Aktienzertifikaten rechtlich in die Haare. Es kam zu Strafanzeigen. Am Schluss klagte die kantonale Staatsanwaltschaft den Alleinaktionär wegen versuchter Nötigung und versuchter Anstiftung zu falschem Zeugnis an. Der Rechtsanwalt wurde seinerseits wegen Veruntreuung, Erpressung, Nötigung und Wuchers angeklagt.

Ende August tagte das Strafericht zwei Tage lang über diesen Fall. Nun liegt das noch nicht rechtskräftige Urteil im Dispositiv vor. Beide Beschuldigten wurden vom Strafericht freigesprochen. Den beschuldigten Rechtsanwalt muss der Staat mit 20 000 Franken entschädigen, der Alleinaktionär bekommt vom Staat rund 9000 Franken. Die gesamten Verfahrenskosten von rund 18 000 Franken hat ebenfalls

der Staat zu tragen. Der Streit kostete den Staat somit fast 50 000 Franken.

Sich selbst in eine schwierige Lage gebracht

Der Alleinaktionär und einzige Verwaltungsrat einer Gesellschaft suchte im Frühjahr 2014 einen Käufer für die Aktien seiner Gesellschaft. Da er sich für eine Zeit lang ins Ausland begab, übergab er dem Rechtsanwalt die blanko indossierten Namenaktien. Bei seiner Rückkehr aus dem Ausland wollte er die Aktien wieder haben, erhielt sie aber nicht mehr, was zum Streit führte.

Das Gericht kam zum Schluss, dass der Aktionär nach Aufhebung des Mandats vom Rechtsanwalt und vom Treuhänder der Gesellschaft nichts mehr mit der Angelegenheit zu tun haben wollte und die Aktienzertifikate dem Rechtsanwalt übergab, damit dieser zusammen mit dem Treuhänder

das Unternehmen auf eigenes Risiko sanieren könne. Somit habe der Aktionär sowohl seine Sicherheit wie auch das Eigentum an den Aktien aufgegeben. Als rechtmässiger Besitzer der Aktien habe der Rechtsanwalt deren Herausgabe verweigern dürfen. Zudem habe er auch eine Vereinbarung unterzeichnen können und ein Entgelt für seine Aufwendungen verlangen dürfen, ohne sich strafbar zu machen. Der Aktionär habe sich selbst in diese schwierige Lage gebracht, «indem er kurz vor einer Vertragsunterzeichnung stand, für welche er Aktienzertifikate benötigte, welche sich weder in seinem Eigentum noch in seinem Besitz befanden.»

Freigesprochen wurde der Aktionär nach dem Grundsatz «im Zweifel für den Angeklagten» vom Vorwurf, er habe seinen Treuhänder zu nötigen versucht, beim Rechtsanwalt die Aktien zu

verlangen, ansonsten er das Unternehmen in Konkurs treibe und den Treuhänder dafür öffentlich verantwortlich mache. Auch der Vorwurf, er habe seinen Treuhänder zu einem falschen Zeugnis anzustiften versucht, lasse sich nicht zweifelsfrei beweisen. (one)

REKLAME

Reisen weltweit

Planen Sie mit uns!

HEIDI FREI AG | www.digareisen.ch
 8854 Galgenen | Tel. 0848 735 735